



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

E/VI/57

8. März 1951.

Hinweise  
auf den Inhalt:

Die deutschen Schulden	S.1
Neuseelands Arbeiterführer	S.3
Stalin in Kleinformat	S.3
Mefo-Wechsel - aber friedlich	S.4
Minister Weitz und die Polizisten von NRW	S.5

## Zähllebigc Schulden

P.R. Es liegt ein bitterer Widersinn darin: Vor ungefähr 20 Jahren ging es in der grossen Politik um das Ende der Reparationen und das Ende der Rüstung, die "Abrüstung". Vorangegangen waren die Anerkennung der politischen Gleichberechtigung Deutschlands in Locarno und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Heute geht es um den B e g i n n der Schuldenregelung und den Anfang einer Aufrüstung. Die politische Gleichberechtigung Deutschlands wird zwar diskutiert, aber nicht praktiziert. Damals hatte ein im Kriege geschlagenes, aber als Staatsgebilde im wesentlichen erhaltenes Deutschland eine echte Chance, neu anzufangen - dass sie verwirtschaftet wurde, ist eine Sache für sich. Heute gibt es kein einheitliches Deutschland, und die Chancen für ein später wiedervereinigtes Deutschland sind zurzeit nach entmutigend gering.

Eine allgemeine Schuldenkonferenz zur Festsetzung der Einzelheiten ist nach prinzipieller Schuldenanerkennung vorgesehen. Auf dieser Konferenz soll Deutschland gleichberechtigter Partner sein. Die Anerkennung war die auf der New Yorker Aussenministerkonferenz im September 1950 verlangte Voraussetzung für die Revision des Besatzungsstatuts - eine Verknüpfung zweier nach Charakter und Bedeutung ganz verschiedener Tatbestände, die recht fragwürdigen Wert hat. Selbst wer aber von der Berechtigung dieser Verbindung ausgeht, wird zugeben müssen, dass Preis und Lohn in einem krassen Missverhältnis stehen.

Fast zehn Jahre der Zeit nach dem ersten Weltkriege waren in den internationalen Beziehungen zu einem erheblichen Teil der Lösung des Schuldenproblems gewidmet. Ein gutes halbes Dutzend Konferenzen befasste sich mit diesem Thema, und man muss schon ein hartnäckiger Optimist sein, wenn man annehmen will, dass diesmal eine Konferenz genügen werde. Die Zählebigkeit von Schulden hat sich gerade auch im Bereich der internationalen Beziehungen immer wieder erwiesen. Und viele Deutsche wird es erstaunt haben zu hören, dass auch heute noch Verpflichtungen aus einer Dawes-Anleihe in Höhe von 476 Millionen, einer Young-Anleihe in Höhe von 771 Millionen und einer Krugger-Anleihe (entsinnt man sich noch jenes schwedischen Zündholzmagnaten, der so geheimnisvoll lebte, wie er ums Leben kam?) in Höhe von 501 Millionen DM bestehen. Im Sommer 1932 in Lausanne glaubte man, die Sache mit den Reparationen sei durch die Kommerzialisierung einer Restforderung endgültig ausgestanden. Eine Welt ging in Trümmer, aber die Schulden blieben.

Die Berechnungen bzw. Schätzungen der öffentlichen und privaten Verschuldung des Deutschen Reiches aus der Vorkriegszeit und der Deutschen Bundesrepublik aus der Nachkriegszeit gehen noch weit auseinander. Ihre Fixierung und vor allem die Anpassung ihrer Höhe an die realen Möglichkeiten, sie abzutragen, sollen Gegenstand der erwähnten Schuldenkonferenz sein. Unter diesen Umständen hat es wenig Sinn, sich jetzt bereits damit im einzelnen zu befassen, in der grossen Jonglierkunst der Experten werden sich die Ziffern noch fützensfach verändern. Dabei fällt auf, dass fast immer nur von der Höhe der deutschen Verpflichtungen, aber kaum von der Frage des beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögens die Rede ist. Das aber ist ein entscheidender Punkt, auf den man mit allergrösstem Nachdruck hinweisen muss.

Mit der prinzipiellen Schuldenanerkennung wurde eine politische Frage verknüpft. Es ist zu befürchten, dass diese Verquickung auch künftig eine Rolle spielen wird. Dieses Verfahren aber war gerade in der Zeit nach dem ersten Weltkriege der Grund dafür, dass sich das Schuldenproblem so unerhört komplizierte und dass daraus wieder die schwersten politischen Schäden entstanden.

Arbeiterführer Nash in Neuseeland

s.a. Die Arbeiterpartei in Neuseeland hat den um die sozialistische Bewegung verdienten bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Walter Nash einmütig als Nachfolger des verstorbenen Vorsitzenden Peter Fraser gewählt. Das kam keineswegs überraschend, denn Walter Nash war seit seiner Ankunft aus England im Jahre 1909 mit der Labour Party aufs engste verbunden, vertrat sie 21 Jahre lang im Parlament und hat sich 10 arbeitsreiche Jahre als Parteisekretär bewährt.

Als die Arbeiterpartei 1935 in die Regierung eintrat, war Nash der berufene Kandidat für das Finanzministerium. In einer vierzehnjährigen Amtstätigkeit verstand er es, in einem ausgeglichenen Staatsbudget die Besitzenden in ausreichendem Masse zur Deckung der öffentlichen Lasten heranzuziehen und die arbeitenden Schichten zu entlasten. Mit der gleichen Gesinnung und Geschicklichkeit war Nash imstande, die Hälfte aller Kriegskosten Neuseelands noch während der Kriegszeit auszugleichen. Seine besondere Vitalität bewies er noch dadurch, dass er während seiner Ministerzeit in den Jahren 1942 bis 1944 auch noch als Botschafter Neuseelands in Washington tätig war.

Der verdienstvolle Führer der neuseeländischen Arbeiterbewegung hat niemals nach Popularität gehascht und er wäre kein aufrechter Sozialist, hätte er nicht im eigenen Lande viele Gegner und auch Feinde, aber seine staatsmännischen Fähigkeiten und seine grossen Leistungen werden in Neuseeland allgemein anerkannt.

+ + +

Stalin im Kleinformat

(sp) Auf einer mit viel Geheimnistuerei umgebenen Landesdelegiertenkonferenz der Kommunisten Südbadens wurden die KP-Funktionäre dieses friedlichen Ländchens zum erstenmal recht unsanft "aus den Lumpen geschüttelt". Vertreter des Zentralvorstandes (Willi Mohn u.a.) und der neue Landesvorsitzende Bruno Rygalski hielten den ahnungslosen badischen Kommunisten schonungslos ihre bisherigen Fehler im Kampf um die ostzonale Einheit Deutschlands vor. Der Chefredakteur des Partei-Organs "Unser Tag", Hermann Jerrentrup, lässt dieser Kritik noch weitere scharfe Rügen folgen. Als erstes und wichtigstes Beispiel für die "mangelnde politische Klarheit vieler Genossen"

nennt er in seinem Kommentar die Frage der Ausschmückung des Saales (!). Die Bilder der bekanntesten Arbeiterführer seien zwar aufgehängt gewesen, aber, so fragt er dann, "wo war das Bild unseres Genossen Josef Wissarionowitsch Stalin, der mit begeistertem Applaus als erster in das Ehrenpräsidium gewählt wurde? Es befand sich im Kleinformat zusammen mit Marx, Engels und Lenin auf einer grossen Fahne gegenüber dem Präsidium. Das war, so folgert der Kommentator streng, "ohne Zweifel ein ernster politischer Fehler".

Aber auch in anderen Punkten der "Einheits-Lektion" sind die südbadischen Kommunisten offenbar noch sehr schwach. Waren doch mehrere Redner auf dieser Konferenz "leichtfertig" genug, die Worte "Ostzone" und "Flüchtlinge" zu gebrauchen! Wer als Kommunist heute noch das Wort "Ostzone" für die deutsche demokratische Republik gebrauche, "vertritt die feindliche bürgerliche Ideologie", heisst es in dem Bericht. Ebenso verhalte es sich mit dem Ausdruck "Flüchtling". Es gebe in Wirklichkeit keine Flüchtlinge, sondern nur "Umsiedler" aufgrund vertraglicher Abmachungen zwischen den Grossmächten.

Wie man sieht, ist es noch ein weiter Weg, bis die Kommunisten Südbadens "auf Linie" gebracht sein werden.

+ + +

Mefo-Wechsel für friedliche Zwecke erlaubt  
-----

(sp) Mit einem Vorgriff in Höhe von 7.5 Mill. DM hat der niedersächsische Wirtschaftsminister, Alfred Kubel, über den Winter 1950/51 dringend reparaturbedürftige Strassen ausbessern lassen und damit gleichzeitig einige hundert Arbeiter vor dem Stempeln bewahrt. Ein Jahr später hätten diese Reparaturen ein Mehrfaches der jetzigen Kosten erfordert.

Frühere CDU-Minister haben daraufhin Minister Kubel vorgeworfen, dass er ein "Mefo-Wechsel-Geschäft" à la Schacht durchgeführt habe. Kubel hat seine Finanzierungsmethode von massgebenden Wirtschaftlern der Industrie- und Handelskammer Hannover debattieren lassen, wobei ihm das Vertrauen der Wirtschaft ausgesprochen wurde. Darüber hinaus hat sich Kubel mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit gewendet, der wir folgende Sätze entnehmen:

Diese Finanzierungsmethoden-Schachts Mefo-Wechsel-wären wahrscheinlich überhaupt nicht zu diffamieren, wenn nicht letzten Endes

mit diesen Mitteln in der Nazizeit Güter geschaffen worden wären, die vernichtet wurden und die der Vernichtung dienten. Diejenigen, die damals mit Mefo-Wechseln gearbeitet haben, hätten sich, wenn sie es in weiser Beschränkung auf das wirtschaftlich Tragbare und vor allem auf die Produktion notwendigster Güter getan hätten, statt einer Produktion zur Vorbereitung der Vernichtung damit zu finanzieren, einen ewigen Dank des deutschen Volkes erworben. Ich bin darüber hinaus der Meinung, dass wir überhaupt nur dann in unserer deutschen Wirtschaft aus der unerträglichen Kapitalenge heranskommen, wenn wir zu Vorgriffen auf künftige Einnahmen bereit sind. Dass diese Vorgriffe allerdings auf Grund einer Investitionsplanung erfolgen müssen, ist dabei selbstverständliche Voraussetzung".

+ + +

#### Finanzminister Weitz und die Polizisten von NRW

(sp) Aus Düsseldorf wird uns geschrieben:

Laut Pressemeldungen hat der Hauptausschuss der Polizeibeamtenvertretung von Nordrhein-Westfalen seine Ämter niedergelegt als Protest gegen die zu niedrige Bezahlung. Dazu ist festzustellen, dass alle Versuche des früheren Innenministers Dr. Menzel, die Besoldung der Polizeibeamten zu verbessern, an der angeblich schlechten Finanzlage des Landes und an der Haltung des Finanzministers Dr. Weitz (CDU) gescheitert sind. Dagegen war es Dr. Menzel im Februar 1948 gelungen, die Versuche der Finanzverwaltung abzuwehren, die nach 1945 erfolgten höheren Eingruppierungen der Polizeibeamten rückgängig zu machen. In vielen Fällen konnte sogar eine Gehaltsaufbesserung durchgeführt werden mit einem Kostenaufwand für das Land von rund 6-7 Mill. Mark.

Später gelang es dann Dr. Menzel, die Anwendung des sogenannten Lemgoer-Abkommens auch für die unteren Beamten durchzusetzen, was eine weitere, wenn auch nur geringfügige Erhöhung der Gehälter für die Polizeibeamten um monatlich 10-20 Mark zur Folge hatte.

Alle weiteren Bemühungen scheiterten jedoch am Veto des Finanzministers, ebenso die Versuche, den Polizei- und übrigen Beamten des Landes eine Weihnachtzulage von mindestens 20 Mark zu verschaffen. Dr. Weitz sagte seinerzeit zwar zu, die in Aussicht genommene 20-%ige Gehaltserhöhung rückwirkend ab 1. Dezember 1950 zu geben, aber man hat davon nichts mehr gehört.

Völlig frei erfunden ist die Mitteilung der "Ruhr-Nachrichten" vom 5. März 1951, der Finanzminister habe bereits im Sommer 1950 sein Einverständnis für eine Verbesserung der Bezüge gegeben. Diese Aktion sei aber an Dr. Menzel gescheitert. Von einem solchen Vorschlag des Finanzministers weiss niemand etwas.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt